

Beschlussprotokoll der Sitzung der Gemeindevertretung Mühlenbecker Land am 13.05.2019

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Tagungsort: Bürgersaal, Franz-Schmidt-Str. 3, OT Schildow

Anwesenheit siehe Teilnehmerliste

Frau Bonk
Herr Labitzky
Frau M. Voigt

FBL Finanzen, Verwaltung, Soziales
FBL Bauen, Ordnung, Bürgerservice
Protokollantin

Gäste:
Bürger: ca. 30
Presse: 2 x

Tagesordnung

I. öffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	01	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
	02	Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
	03	Informationen des Bürgermeisters
	04	Einwohnerfragestunde
	05	Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 25.02.2019
	06	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
III/0725/18	07	Petition: gegen den Neubau der Straßenbeleuchtung im Dichterviertel
III/0712/18	08	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Vorschläge und Variantenuntersuchungen zur Änderung der Beitragssatzungen (KAG/BauGB) zum Straßenbau
III/0707/18	09	Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschlussantrag zur Neufassung über die Erhebung von Beiträgen für die straßenbaulichen Maßnahmen (KAG/BauGB)
III/0745/19	10	Antrag der Fraktion Freie Wähler: Verschiebung der Straßenbaumaßnahmen bei denen Anliegerbeiträge erhoben werden bis zur Gesetzesänderung durch die Landesregierung Brandenburg
III/0782/19	11	Antrag der Fraktionen Freie Wähler und CDU/FDP/AG MBL: Antrag, die Straßeninstandhaltung nachhaltiger zu organisieren
III/0769/19	12	Antrag der Fraktion SPD-Bündnis 90/Grüne: Höherstufung der Sozialarbeiter an den Grundschulen der GML
III/0764/19	13	Antrag der Fraktion CDU / FDP / AG MBL: Erhöhung der Personalstunden für die Schulsozialarbeiterinnen
III/0789/19	14	Weitere Beratung des fraktionsübergreifenden Antrags: SPD - Bündnis 90/Grüne, Freie Wähler, DIE LINKE, CDU/FDP/AG Mühla: Neueinstellung Erzieher/innen
III/0778/19	15	Schließzeiten 2020 für die gemeindlichen Kindereinrichtungen
III/0790/19	16	Antrag der Fraktionen Freie Wähler: Planungsanforderungen an die NEB zur Planung der Inbetriebnahme der Heidekrautbahn und die flankierenden Maßnahmen der GML
III/0772/19	17	Antrag der Fraktion Freie Wähler: Absicherung notwendiger Parkplatzflächen an den Haltestellen der Heidekrautbahn
III/0783/19	18	Bildung eines zeitweiligen Ausschusses „Heidekrautbahn“
III/0784/19	19	Antrag des Fördervereins Schulfreude e.V. für eine Anschubfinanzierung des Hortes der Freien Waldorfschule i.G.
III/0786/19	20	Antrag des Fördervereins Schulfreude e.V. für die Übernahme der Kosten für die Nutzungsänderung des geplanten Schulgebäudes
III/0762/19	21	Grundsatzbeschluss zur Kooperation der Bauämter der Gemeinde Glienicke/Nordbahn und der Gemeinde Mühlenbecker Land
III/0720/18	22	Auslegungs-und Billigungsbeschluss Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich B-Planes Nr. 36 „Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes“
III/0721/18	23	Auslegungs-und Billigungsbeschluss vorhabenbezogener B-Plan GML Nr. 36 „Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes“, OT Schönfließ
III/0758/19	24	Einleitungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Zühlsdorf für den Geltungsbereich „Strand-und Gesundheitsbad Rahmersee“

III/0759/19	25	Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 41 „Strand-und Gesundbad Rahmersee“, OT Zühlsdorf
III/0760/19	26	Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 42 „Wohnen Feldheimer Str. 3a“, OT Mühlenbeck
III/0765/19	27	Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 43 „Neubau eines Verbrauchermarktes Hermann-Grüneberg-Straße“, OT Mühlenbeck
III/0766/19	28	Auslegungs-und Billigungsbeschluss B-Plan GML Nr. 32 „Neugestaltung Sportplatz Zühlsdorf“-Entwurf, OT Zühlsdorf
III/0767/19	29	Auslegungs-und Billigungsbeschluss B-Plan GML Nr. 34 „Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung“-Entwurf, OT Mühlenbeck
III/0787/19	30	Bericht der AG Nahverkehr
III/0793/19	31	Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen der TöB- Beteiligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von 380- KV- Leitungen
III/0757/19	32	Information der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2018
III/0774/19	33	Bericht über den Haushaltsvollzug 2018
	34	Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter
	35	Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

II. nichtöffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	36	Einwendungen gegen den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 25.02.2019
	37	Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung
	38	Informationen des Bürgermeisters
III/0780/19	39	Auftragsvergabe Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug HLF 20 für den Löschzug Mühlenbeck
	40	Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter
	41	Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

Niederschrift

I. öffentlicher Teil:

TOP 01: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Grimm eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er nimmt kurz einen Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode. Er bittet darum, dass die heutige Sitzung nicht für den Wahlkampf genutzt werde.

Herr Lackmann lässt ebenfalls die vergangene Legislaturperiode kurz Revue passieren. Er bedankt sich bei Herrn Grimm und den anwesenden Mitarbeitern der Verwaltung mit einem Blumenstrauß.

TOP 02: Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Herr Grimm spricht die Kita-Versammlung vom 29.04.2019 an und fasst die Ergebnisse zusammen. Das Protokoll werde allen Teilnehmern und Gemeindevertretern zur Verfügung gestellt.

TOP 03: Informationen des Bürgermeisters

Herr Smaldino-Stattaus bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren.

Er informiert:

- Die schriftliche Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages gem. § 12 des Kindertagesstätten-Gesetzes (Kitavertrag) ist eingegangen. Der Fachbereich „Jugend“ des Landkreises wurde beauftragt, einen neuen Vertragsentwurf zu erarbeiten.
- Seit 01.04.2019 wird in der Verwaltung papierlos im Rechnungswesen gearbeitet.
- Das Rechnungsprüfungsamt prüft derzeit den Jahresabschluss 2017.

TOP 04: Einwohnerfragestunde

Herr Kastner (Zühlsdorf) bezieht sich auf TOP 28 „Auslegungs- und Billigungsbeschluss B-Plan GML Nr. 32 „Neugestaltung Sportplatz Zühlsdorf“-Entwurf, OT Zühlsdorf“. Er bemängelt, dass die eingebrachten Einwände und Bedenken nicht schriftlich beantwortet wurden. Eine Bearbeitung / Beantwortung sei im Internet veröffentlicht. Leider wurden (nach seiner Meinung) alle eingebrachten Vorschläge nicht berücksichtigt. Er schlägt vor, dass die gesetzliche Vorgehensweise der Projektplanungen z.B. bei geplantem Straßenbau veröffentlicht werde. An Frau Liekweg gewandt, bemängelt er, dass er in die Planung nicht ausreichend einbezogen wurde. Er habe seine Unterstützung mehrfach angeboten. Er spricht den Vorentwurf des Flächennutzungsplanes an und möchte wissen, wie die Verwaltung reagiere, wenn die Besitzer bestimmter Flächen sich gegen eine Flächenumwandlung aussprechen.

Herr Grimm sagt, dass die Arbeitsweise der Ausschüsse sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen der Verwaltung bereits in verschiedenen Beiträgen in der Bürgerzeitung „mühlenspiegel“ veröffentlicht wurde. Eine Wiederholung sei bei Bedarf sicher möglich.

Frau Liekweg teilt mit, dass sie über die verwaltungsrechtlichen Auswirkungen keine Aussage treffen könne. Sie informiert über die eingearbeiteten Veränderungen durch das Planungsbüro.

Herr Schumann (Ringstraße / Schildow) überreicht Herrn Grimm eine Petition bezüglich der gewünschten Streichung der Ringstraße von der Prioritätenliste.

Herr Grimm reicht diese an Frau Bonk weiter.

Herr Naß (Zühlsdorf) spricht die Informationsvorlage „Bericht der AG Nahverkehr“ an. Er informiert über die bisherige Arbeit der AG. Der letzte Satz der Vorlage wird von ihm verlesen: „Aufgabe der nächsten Gemeindevertretung muss es sein, die wichtige Arbeit der AG Nahverkehr zukünftig im Rahmen eines Fachausschusses der GV fortzusetzen und die angesprochenen Themen in Bezug auf den ÖPNV weiterzuführen.

Um entsprechende Kosten und Analysen zu erstellen, sind die dafür notwendigen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung anzumelden.“ Er hofft, dass dieses umgesetzt werde.

Herr Ficht (Goethestraße / Schildow) bemängelt, dass die Sandstraßen nicht regelmäßig instandgesetzt werden. Er begrüßt den Antrag der Freien Wähler und der CDU / FDP / AG Mühlenbecker Land die Straßeninstandhaltung nachhaltiger zu organisieren. Er teilt mit, dass er vor ca. 8 Wochen eine Mängelmeldung bezüglich des Straßenzustandes über den Märker eingegeben habe. Leider habe er bisher keine Antwort erhalten und der angezeigte Schaden wurde auch nicht behoben. Er hinterfragt die Handhabung bezüglich des Mängelmelders. Er möchte wissen, welche Auswirkungen die Gesetzesänderung bezüglich des Straßenausbauens auf die Anwohner habe.

Herr Grimm bittet darum, dass die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung die Eingaben im „Märker“ überprüfen und aktualisieren. Die geplante Gesetzesänderung bezüglich des Straßenausbauens nach dem Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG) sei bisher noch nicht verabschiedet worden, daher könne z.Z. keine Aussage über Auswirkungen auf Anlieger / Anwohner getroffen werden.

Herr Smaldino-Stattaus bietet Herrn Ficht bezüglich der geplanten Gesetzesänderung ein persönliches Informationsgespräch an.

Herr Kluge (Zühlsdorf) möchte wissen, welche Möglichkeiten die Anwohner zur frühzeitigen Einflussnahme beim Straßenausbau haben.

Herr Grimm verweist auf die Prioritätenliste und die Einstellung der finanziellen Mittel in den Haushalt. Eine frühzeitige Information sei auch im Interesse der Verwaltung.

Frau Bonk teilt mit, dass im Vorfeld die Planungskosten im Haushalt berücksichtigt werden.

Herr Kluge hinterfragt die Möglichkeit des privat finanzierten Straßenausbauens.

Frau Bonk informiert kurz über diese Möglichkeit und bietet diesbezüglich die Hilfe der Verwaltung an.

TOP 05: Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 25.02.2019

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2019 erhoben.

TOP 06: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Grimm erwähnt, dass die Vorlage III/0779/19 „Antrag des Waldorf-Kindergartens „Zaubernuss“ bezüglich der Finanzierung der rückwirkenden Erstattungsleistungen der Kita-Elternbeiträge“ heute nicht auf der Tagesordnung sei. Es liegt z.Z. noch keine Kalkulation der Kita vor, somit sei eine heutige Beschlussfassung nicht möglich.

Er schlägt vor, dass TOP 18 vor TOP 16 beraten werde.

Er bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	17	0	1	0

Herr Pump nimmt ab 19.13 Uhr an der Sitzung teil.

TOP 07: Petition: gegen den Neubau der Straßenbeleuchtung im Dichterviertel

Herr Grimm weist darauf hin, dass das Antwortschreiben geändert wurde.

Herr Berschneider meint, dass eine mögliche Instandsetzung zu wenig beachtet wurde.

Herr Grimm schlägt folgende Änderung des Antwortschreibens vor:

„Ungewiss ist derzeit die pflichtige Erhebung von Straßenbaubeiträgen. Die Landesregierung **und der Landtag** Brandenburg diskutiert aktuell über die Abschaffung der Erhebung von Straßenbaubeiträgen nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG). Ein Gesetzesentwurf des Landes **ist bereits** auf den Weg gebracht.

Herr Grimm bittet um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt das Antwortschreiben auf die Petition vom 03.12.2018 (Posteingang 04.12.2018) gegen den Neubau der Straßenbeleuchtung und die damit verbundene Kostenumlage im Dichterviertel, Mönchmühlen- und Richard-Wagner-Straße in Schildow“

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	17	0	2	0

Beschluss Nr.: III/0725/18/33

TOP 08: Antrag der Fraktion DIE LINKE: Vorschläge und Variantenuntersuchungen zur Änderung der Beitragssatzungen (KAG-BauGB) zum Straßenbau

Herr Grimm schlägt vor, dass TOP 08 und 09 gemeinsam beraten werden.

Er erläutert den bisherigen Werdegang dieses Antrags. Dieser Antrag beinhaltet folgende Punkte:

1. Herabsetzung des Anliegerbeitrages von 75% auf 60%.

Stellungnahme der Verwaltung:

Mehraufwand von jährlich 459.000 €

2. Entlastung von Grundstückseigentümern an einseitig bebauten Straßen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine diesbezügliche Sondersatzung sei rechtlich nicht möglich. Es wird geprüft, ob eine dementsprechende Änderung der bestehenden Satzung möglich sei.

3. Streichung der 5-Jahresfrist bei Eckgrundstücken

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorschlag, die Frist auf 7 Jahre zu verlängern.

Er spricht den eingegangenen Antrag von Frau Gaideck an, „Ergänzender Beschlussvorschlag zur Vorlage bei der Landesregierung Brandenburg zu der beabsichtigten Abschaffung der Straßenbaubeiträge durch Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG).“ Er erläutert kurz die Hintergründe.

Herr Haberkorn weist darauf hin, dass die Fraktion der Freien Wähler einen Antrag auf Satzungsänderung bereits im November eingereicht habe, um die Belastung der Anlieger zu reduzieren. Er erläutert ausführlich den Inhalt und seine Sichtweise mit der Handhabung des Antrages der Freien Wähler. Eine Bürgerbeteiligung sollte bereits vor dem Beschluss der Prioritätenliste und vor Vergabe von Planungsaufträgen erfolgen. Ein Mitbestimmungsrecht der Bürger sollte selbstverständlich sein. Er bezieht sich auf den § 13 und meint, dass im Baugesetzbuch nicht festgelegt sei, wann eine Erschließung abgeschlossen sei. Er meint, dass die langjährige Nutzung von Sandstraßen als „erschlossen“ zu betrachten sei. Ein kostenfreier Ausbau (für die

Anlieger) aller Straßen sollte durch die Gemeinde umgesetzt werden.

Herr Grimm meint, dass der eingereichte Antrag der Freien Wähler ausführlich beraten wurde.

Frau Rennspieß stimmt Herrn Grimm zu. Sie legt dar, dass ein Antrag auf Beitragsreduzierung beim Straßenausbau bereits vor Jahren durch die Fraktion DIE LINKEN eingereicht wurde.

Herr Grimm weist darauf hin, dass allen Beschlüssen eine ausführliche Beratung vorausging.

Herr Ziekursch erwähnt, dass der weitere Straßenausbau von einigen Anwohnern gewünscht und unterstützt werde. Er weist auf eine mögliche Haftpflicht der Gemeinde hin. Wenn die Straßenausbaugebühren für die Anlieger reduziert werden bzw. entfallen, müsse die Gemeinde an anderen Stellen Kürzungen vornehmen.

Herr Lackmann erinnert daran, dass die Fraktionsvorsitzenden gemeinsam über eine mögliche Kostenreduzierung für die Anlieger beraten haben. Daraufhin sei die Idee der Variantenuntersuchung entstanden.

Herr Berschneider spricht sich für eine erweiterte Instandsetzung von Sandstraßen aus. Es sollten eine Kostenreduzierung für die Anlieger im Vordergrund stehen.

Frau Gaideck begrüßt die erarbeitete Variantenuntersuchung der Verwaltung. Sie stimmt Herrn Ziekursch zu, dass die Interessen aller Einwohner zu berücksichtigen seien (z.B. Senioren). Sie erläutert die gesetzlichen Grundlagen bezüglich der Unterschiede von Sandstraßen und der bereits baulich hergestellten Straßen und die sich daraus ergebenden Beiträge / Kosten für die Kommunen / Anlieger. Sie erläutert die Erfordernisse der Einreichung ihres Antrages.

Herr Haberkern meint, dass die Diskussion bezüglich der Überführung von Erschließungsrecht in Landesrecht bereits seit einigen Monaten geführt werde. Leider war die bisherige Aussage, dass dies nicht möglich sei. Mit dem eingereichten Antrag von Frau Gaideck sei eine Möglichkeit zur Umsetzung eröffnet worden. Er meint, mit dem derzeitigen Erschließungsrecht bestehe die Gefahr, dass Bürger in eine finanzielle Notlage geraten. Er sieht hier einen Handlungsbedarf und verweist auf den eingereichten „Antrag die Straßeninstandsetzung nachhaltiger zu organisieren“ (Bernauer Modell).

Herr Brietzke sagt, dass eine Gesetzesänderung bezüglich der Straßenbaubeiträge kurz vor der Verabschiedung stehe. Was diese Änderung genau beinhalte sei momentan noch offen.

Herr Müller erläutert die Vorteile von einem weiterführenden Straßenausbau in der Gemeinde. Er spricht sich für eine weitere Prüfung bezüglich einer Berechnung nach Bundesbaugesetz oder kommunalem Abgabegesetz aus. Er schlägt vor, dass die vorliegenden Anträge in der neu gewählten Gemeindevertretung beraten werden.

Frau Gaideck schließt sich den Ausführungen von Herrn Müller an. Sie spricht sich für eine Aufhebung der 5-Jahresfrist bei Eckgrundstücken aus. Bei einer einseitigen Bebauung müsse kurzfristig nach Lösungswegen gesucht werden.

Herr Grimm möchte von Herrn Lackmann wissen, ob er eine heutige Abstimmung befürworte.

Herr Lackmann bejaht dies.

Herr Grimm bittet um Abstimmung über den eingereichten Antrag „Ergänzender Beschlussvorschlag zur Vorlage bei der Landesregierung Brandenburg zu der beabsichtigten Abschaffung der Straßenbaubeiträge durch Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG).“

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	15	0	4	0

Herr Grimm bittet um Abstimmung über die Streichung der zeitlichen Begrenzung (Empfehlung des Bau- und Hauptausschusses) bei Eckgrundstücken.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	15	0	4	0

Herr Grimm bittet um Abstimmung, ob eine Satzungsänderung bezüglich einer Änderung der Beitragsanteile (Anlieger = 60% und Gemeinde = 40%) umgehend zu erarbeiten sei.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	6	12	1	0

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich des Ausbaues der einseitig bebauten Straßen, den Anteil der Gemeinde auf 40% festzulegen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	14	1	4	0

Er erinnert daran, dass die heutigen Abstimmungen eine Empfehlungsgrundlage für die Erarbeitung einer Satzungsänderung zu den Straßenausbaugebühren darstellen.

Frau Bonk erwähnt, dass die Satzung nach Erarbeitung dem neu gewählten Gremium zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt, die im Anhang des Beschlussantrages dargelegten Vorschläge und Variantenuntersuchungen zur Änderungen der Erschließungsbeitragssatzungen der Gemeinde Mühlenbeker Land in den gemeindlichen Gremien zu beraten.

Ziel soll es sein,

- die Anteile des beitragsfähigen Aufwandes für die Grundstückseigentümer beitragsgerechter zu regeln
- eine Vereinfachung der Anwendbarkeit der Satzung zu erreichen
- eine finanzielle Entlastung der beitragsfähigen Grundstückseigentümer zu beschließen
- die geänderte Satzung im 1. Halbjahr 2019 in Kraft zu setzen.

Über den gesamten Antrag III/0712/18 wurde nicht abgestimmt.

Beschluss Nr.: III/0712/18/33

TOP 09: Antrag der Fraktion Freie Wähler: Beschlussantrag zur Neufassung über die Erhebung von Beiträgen für die straßenbaulichen Maßnahmen (KAG-BauGB)

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Haberkern sagt, dass er einen Änderungsantrag eingereicht habe und dieser an die Vorsitzenden der Fraktionen gesandt wurde.

Herr Grimm sagt, dass ihm diese Unterlagen nicht vorliegen.

Herr Lackmann bestätigt, dass dieser Antrag am 09.05.2019 per E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden gesendet wurde.

Herr Grimm stellt fest, dass eine Abstimmung über diesen Antrag nicht möglich sei. Der vorliegende Antrag wurde geändert und die aktuelle Version liegt nicht vor.

Herr Haberkern bringt seinen Protest zum Ausdruck, da die aktuelle Version des Antrages jetzt vorliegt.

Herr Müller bestätigt als Fraktionsvorsitzender (CDU/FDP/AG MBL) den Erhalt des Änderungsantrages und stellt den Geschäftsordnungsantrag: Diesen Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Herr Grimm bittet um Abstimmung, über die Verweisung in den Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	16	0	2	0

III/0707/18 verwiesen in den Bauausschuss

Frau Rennspieß nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 10: Antrag der Fraktion Freie Wähler: Verschiebung der Straßenbaumaßnahmen bei denen Anliegerbeiträge erhoben werden bis zur Gesetzesänderung durch die Landesregierung Brandenburg

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.

Herr Haberkern erläutert diesen Vorschlag.

Herr Müller schließt sich der Stellungnahme der Verwaltung an.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	7	10	2	0

III/0745/19 abgelehnt

TOP 11: Antrag der Fraktionen Freie Wähler und CDU/FDP/AG MBL: Antrag, die Straßeninstandhaltung nachhaltiger zu organisieren

Herr Haberkern meint, dass die derzeitig / bisherig durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen bei den Sandstraßen nicht nachhaltig seien. Er erläutert die Vorteile einer möglichen Durchführung des „Bernauer Modells“.

Herr Lackmann begrüßt eine mögliche nachhaltige Instandsetzung der Sandstraßen. Er schlägt vor, diesen Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Frau Zanow regt an, diesen Antrag auch in die Ortsbeiräte und den Hauptausschuss zu verweisen.

Herr Müller meint, dass dies sicher nicht bei allen Straßen anwendbar sei. Eine Einzelfallprüfung sei notwendig. Er schlägt eine Einarbeitung in die Prioritätenliste vor.

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich einer Verweisung in den Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis Verweisung in den BA				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	16	2	1	0

Herr Grimm bittet um Abstimmung bezüglich einer Verweisung in die Ortsbeiräte.

Abstimmungsergebnis Verweisung in die OBs				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	16	0	3	0

Die Mehrheit der Mitglieder der Gemeindevertretung spricht sich für eine Beratung im Hauptausschuss aus.

Antrag III/0782/19 wurde verwiesen in die Ortsbeiräte, den Bauausschuss und den Hauptausschuss.

TOP 12: Antrag der Fraktion SPD/Bündnis 90-Grüne: Höherstufung der Sozialarbeiter an den Grundschulen der GML

Herr Grimm schlägt vor, dass TOP 12 und TOP 13 gemeinsam beraten werden.

Herr Berschneider begrüßt diesen Antrag. Er möchte wissen, ob eine finanzielle Unterstützung durch das Land möglich sei.

Frau Rennspieß weist auf Unterschiede in den beiden Anträgen hin.

Frau Bonk antwortet, dass derzeit keine Förderung der Sozialarbeiter an den Grundschulen möglich sei.

Eine mögliche Erhöhung der Arbeitsstunden wurde bereits mit den beiden Sozialarbeiterinnen abgesprochen. Sie schlägt eine Erhöhung von je fünf Stunden / Woche vor. Frau Bonk erläutert die Problematik bei einer weiteren Stundenerhöhung.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt die Höherstufung der Schulsozialarbeiter an den Grundschulen Schildow und Mühlenbeck. Beide Schulsozialarbeiter sollen nach Rücksprache von gegenwärtig 20 auf 25 Wochenstunden höhergestuft werden.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0769/19/33

TOP 13: Antrag der Fraktion CDU/FDP/AG MBL: Erhöhung der Personalstunden für die Schulsozialarbeiterinnen

Herr Grimm verliest den Antrag.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass entsprechende Mittel in den Haushalt 2020 in der Gemeinde Mühlenbecker Land eingestellt werden und eine Förderung beantragt wird.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0764/19/33

TOP 14: Weitere Beratung des fraktionsübergreifenden Antrags: SPD - Bündnis 90/Grüne, Freie Wähler, DIE LINKE, CDU/FDP/AG Mühla: Neueinstellung Erzieher/innen

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Rennspieß meint, dass eine Entscheidung ausstehe, ob zwei zusätzliche Erzieher eingestellt werden oder die Mehrstunden auf die jetzigen Erzieher aufgeteilt werden. Sie spricht sich für zwei Neueinstellungen aus.

Frau Zanow sagt, dass diesbezüglich bereits einige Diskussionen geführt wurden. Sie würde eine Stunden-erhöhung bevorzugen und begründet dies.

Herr Berschneider begrüßt diese Beschlussvorlage. Er regt an, dass ein Förderantrag an die Landesregie-rung gestellt werde.

Herr Brietzke spricht sich für zusätzliches Personal aus und hinterfragt den aktuellen Stand bezüglich von Neueinstellungen.

Frau Bonk teilt mit, dass zwischenzeitlich 7 Arbeitsverträge unterzeichnet wurden. Der Arbeitsbeginn ist in den Monaten Juni, Juli und August vorgesehen. Sie erläutert, dass in der Kita „Heidekrautbahn“ vier bis fünf Erzieher benötigt werden, da ein Krippenbereich für ca. 20 Kinder eingerichtet wurde. In der kommenden Woche finden erneut Einstellungsgespräche statt. Sie erläutert die Schwierigkeiten bei der „Aufteilung“ von zusätzlichem Personal.

Herr Lackmann begrüßt die Einstellung von zusätzlichem Personal.

Beschlusstext:

Die Fraktion SPD- Bündnis 90/Grüne beantragt aus dem lft. Haushalt der Gemeinde Mühlenbecker Land die Neueinstellung von ein- zwei Erzieher/innen für das Haushaltsjahr 2019 zu realisieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, Deckungsvorschläge zu unterbreiten, die im nächsten Haupt- und Finanz-ausschuss den Mitgliedern als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis zu geben sind.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0789/19/33

TOP 15: Schließzeiten 2020 für die gemeindlichen Kindereinrichtungen

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 18: Bildung eines zeitweiligen Ausschusses ‘Heidekrautbahn’

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag.

Er nennt die durch die Fraktionen benannten Mitglieder und deren Stellvertreter:

SPD-Bündnis 90/Grüne	Frau Gaideck Herr Peter	stellv. Frau Liekweg stellv. Frau Zanow
sachk. Einwohner	Herr Brück	
sachk. Einwohner	Herr Kraatz	
CDU/FDP/AG MBL	Herr Müller Herr Brietzke	stellv. Herr Ziekursch stellv. Herr Nitsch
DIE LINKE	Frau Rennspieß	stellv. Herr Pump
sachk. Einwohner	Herr Pavlik	
Freie Wähler	Herr Berschneider	stellv. Herr Haberkern
sachk. Einwohner	Herr Lukas	

Herr Grimm sagt, dass der Vorsitz der CDU zustehe. Herr Müller wird zum Vorsitzender des Ausschusses „Heidekrautbahn“ benannt.

Herr Müller teilt mit, dass bedingt durch die in Kürze stattfindenden Kommunalwahlen dieser Ausschuss nur 13 Tage im Amt sei. Er habe geplant, die kommende Sitzung kurzfristig in der nächsten Woche durchzuführen.

Herr Grimm erläutert, um eine kontinuierliche Arbeit dieses Ausschusses zu gewährleisten, wird nach Ende der Legislaturperiode der Bürgermeister diesen Ausschuss als Arbeitsausschuss berufen. Die genannten Personen sind dann Mitglieder dieses Arbeitsausschusses.

Frau Liekweg erwähnt, dass die Gründung eines zusätzlichen / weiteren Ausschusses von Vorteil sei. Dies sowie eine mögliche „Namensänderung“ werde nach den Kommunalwahlen entschieden.

Herr Grimm spricht die Notwendigkeit des deklaratorischen Beschlusses an und bittet um Abstimmung.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt die Bildung eines zeitweiligen Ausschusses „Heidekrautbahn“.

Die Bildung des Ausschusses und das Verfahren in den Ausschüssen bestimmt sich nach §§ 43 und 44 der Kommunalverfassung Brandenburg und der Hauptsatzung der Gemeinde.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0783/19/33

TOP 16: Antrag der Fraktionen Freie Wähler: Planungsanforderungen an die NEB zur Planung der Inbetriebnahme der Heidekrautbahn und die flankierenden Maßnahmen der GML

Herr Grimm schlägt vor, dass beide Anträge der Fraktion Freie Wähler (III/0790/19 und III/0772/19) und der als Tischvorlage vorliegende Antrag der Fraktion CDU/FDP/AG MBL in den neu gebildeten Ausschuss „Heidekrautbahn“ verwiesen werden.

Abstimmungsergebnis zur Verweisung				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	17	0	2	0

Antrag III/0790/19 wurde verwiesen in den Ausschuss „Heidekrautbahn“.

TOP 17: Antrag der Fraktion Freie Wähler: Absicherung notwendiger Parkplatzflächen an den Haltestellen der Heidekrautbahn

Es besteht kein Beratungsbedarf.

Abstimmungsergebnis zur Verweisung				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	17	0	2	0

Antrag III/0772/19 wurde verwiesen in den Ausschuss „Heidekrautbahn“.

TOP 19: Antrag des Förderverein Schulfreude e.V. für eine Anschubfinanzierung des Hortes der Freien Waldorfschule i.G.

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.

Herr Lackmann möchte wissen, ob bereits ein Antrag auf Aufnahme in den Bedarfsplan eingereicht wurde.

Frau Bonk sagt, dass dies momentan geprüft werde. Der Bedarfsplan wird vom Landkreis aufgestellt.

Die vorliegende Förderung werde erst bei Vorlage aller Bewilligungen und der Betriebserlaubnis angewiesen. Durch die Gemeinde werde nur der Hort gefördert.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt dem Förderverein Schulfreude Waldorfschule Mühlenbecker Land e.V. für die Einrichtung des Hortes der Freien Waldorfschule in der Gemeinschaft Schönfließ i.Gr. eine Anschubfinanzierung in Höhe von 29.194,11 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	18	0	1	0

Beschluss Nr.: III/0784/19/33

TOP 20: Antrag des Fördervereins Schulfreude e.V. für die Übernahme der Kosten für die Nutzungsänderung des geplanten Schulgebäudes

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag.

Herr Labitzky weist darauf hin, dass die geplante Nutzung der Räume im Industriegebiet am Hasensprung nicht möglich sei. Die Mitglieder des Fördervereins Schulfreude haben sich gemeinsam mit der Verwaltung als alternativen vorübergehenden Standort für einige Räume auf dem Gelände des Berufsförderungswerkes entschieden. Eine Nutzungsartenänderung müsse auch hier beantragt werden.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung beschließt dem Förderverein Schulfreude Waldorfschule Mühlebecker Land e.V. für die Nutzungsänderung des 2. OG eines Bürogebäudes für den Schulbetrieb eine Zuwendung in Höhe von 22.345 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	18	0	1	0

Beschluss Nr.: III/0786/19/33

TOP 21: Grundsatzbeschluss zur Kooperation der Bauämter der Gemeinde Glienicke_Nordbahn und der Gemeinde Mühlenbecker Land

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt im Grundsatz eine Kooperation der Bauämter der Gemeinden Glienicke/Nordbahn und Mühlenbecker Land auf der Grundlage einer mandatierten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß §5 Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG Bbg). Die Inhalte sollen durch einen öffentlich-rechtlichen Koordinationsvertrag definiert werden. Dazu wird ein Lenkungsgremium eingesetzt. Dieses besteht aus jeweils 3 Vertretern beider Gemeinden. Die jeweiligen Bürgermeister und jeweils 2 Gemeindevertreter sind Mitglieder des Lenkungsgremiums.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	14	5	0	0

Beschluss Nr.: III/0762/19/33

TOP 22: Auslegungs-und Billigungsbeschluss Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich B-Planes Nr. 36 'Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes'

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land billigt den Vorentwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes Schönfließ für den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GML Nr. 36 „Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes“, OT Schönfließ, Stand Dezember 2018 mit Begründung und beschließt hierzu, die Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
18	17	0	1	0

Beschluss Nr.: III/0720/18/33

Frau Gaideck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 23: Auslegungs-und Billigungsbeschluss vorhabenbezogener B-Plan GML Nr. 36 'Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes', OT Schönfließ

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land billigt den Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan GML Nr. 36 „Wohnen auf dem Gelände des Pflanzenmarktes“, OT Schönfließ, Stand Dezember 2018 mit Begründung und beschließt hierzu, die Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß §4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
17	16	0	1	0

Beschluss Nr.: III/0721/18/33

Frau Gaideck und Herr Nitsch nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 24: Einleitungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Zühlsdorf für den Geltungsbereich 'Strand-und Gesundheitsbad Rahmersee'

Herr Grimm verliest den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse. Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt die Einleitung des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplans Zühlsdorf in einem räumlichen Teilbereich (Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 1 Abs. 3 Satz 1, 2 Abs. 1 Satz 1, 8 Abs. 3 und 1 Abs. 8 Baugesetzbuch – BauGB).

Siehe Rückseite

2. Der räumliche Geltungsbereich der Änderung befindet sich im Ortsteil Zühlsdorf - südlich des Rahmersees, südwestlich der Straße Zum Strandbad und nordwestlich der Wandlitzer Chaussee. Der Änderungsbereich ist in der Anlage 1 gekennzeichnet.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
17	15	1	1	0

Beschluss Nr.: III/0758/19/33

Frau Gaideck und Herr Nitsch nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 25: Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 41 'Strand- und Gesundbad Rahmersee', OT Zühlsdorf

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.
Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

1. Die Gemeindevertretung der Mühlenbecker Land beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans GML Nr. 41 „Strand- und Gesundbad Rahmersee“, OT Zühlsdorf für den in der Anlage 1 gekennzeichneten Bereich südlich des Rahmersees, südwestlich der Straße Zum Strandbad und nordwestlich der Wandlitzer Chaussee.
2. Im räumlichen Geltungsbereich liegen folgende Flurstücke der Flur 3, Gemarkung Zühlsdorf: 757, 802.
3. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - a) Modernisierung und Öffnung des Strandbades am Rahmersee für die Öffentlichkeit sowie Erweiterung und Qualifizierung des örtlichen Gesundheitsangebots und der touristischen Infrastruktur
 - b) Umsetzung und Betrieb der in a) beschriebenen Vorhaben durch einen privaten Vorhabenträger; Die Zugänglichkeit des Strandbades soll dabei dauerhaft für die Öffentlichkeit gesichert werden.
 - c) Klärung der Erschließung des Areals; Die für die Nutzung erforderlichen Stellplätze sollen ebenfalls auf dem privaten Flurstück 802 untergebracht werden.
 - d) Beachtung der Belange des Umweltschutzes
 - e) Klärung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Vorgaben der Landschaftsschutzverordnung für das LSG „Westbarnim“.
4. Der Bebauungsplan wird im so genannten Regel-Verfahren nach den §§ 2 bis 4c und 10a Baugesetzbuch (BauGB) mit Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt. Der für den Ortsteil Zühlsdorf vorliegende rechtswirksame Flächennutzungsplan ist für den Planbereich im Parallelverfahren anzupassen.
5. Die Verwaltung wird nach Ausarbeitung der Vorentwurfsunterlagen beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 BauGB und der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 41 durchzuführen.
6. Es ist ein städtebaulicher Vertrag zu schließen, in dem u.a. geregelt wird, dass die Kosten des Verfahrens, der Planung einschließlich der Gutachten vollständig durch den Vorhabenträger zu tragen sind.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
17	15	1	1	0

Beschluss Nr.: III/0759/19/33

Frau Gaideck und Herr Nitsch nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 26: Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 42 'Wohnen Feldheimer Str. 3a', OT Mühlenbeck

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.
Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

- Bebauungsplanes GML Nr. 42 „Wohnen Feldheimer Straße 3a“, OT Mühlenbeck.
Das Plangebiet umfasst im OT Mühlenbeck, Gemeinde Mühlenbecker Land, das Grundstück Feldheimer Straße 3a gemäß Darstellung im beiliegenden Lageplan. Im Plangebiet liegt das Flurstück 216 der Flur 3 Gemarkung Mühlenbeck. Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 0,19 ha.
Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine rückwärtige Bebauung auf dem Plangrundstück mit einer zusätzlichen Wohnbaunutzung (Einfamilienwohnhaus) einschließlich der hierfür erforderlichen Erschließung.
Das Planvorhaben soll einen Beitrag zur Deckung des Wohnbedarfes in der Gemeinde Mühlenbecker Land leisten.
Der Bebauungsplan wird wegen seiner Lage am Rand des Siedlungsgebietes gemäß §13b i. V. m. §13a BauGB im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Der Flächennutzungsplan wird für das Plangebietes im Wege der Berichtigung gemäß § 13a (2) BauGB angepasst.

Die Kosten des Bebauungsplanes übernimmt der Vorhabenträger

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
17	17	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0760/19/33

Frau Gaideck und Herr Nitsch nehmen nicht an der Abstimmung teil.

TOP 27: **Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 43 'Neubau eines Verbrauchermarktes Hermann-Grüneberg-Straße', OT Mühlenbeck**

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.
Herr Berschneider möchte wissen, ob die Sparkasse und die Post als Standort erhalten bleiben.
Herr Grimm sagt, dass es momentan nur um den Aufstellungsbeschluss gehe.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes GML Nr. 43 „Neubau eines Verbrauchermarktes Hermann-Grüneberg-Straße“, OT Mühlenbeck.

Das Plangebiet ist in der Anlage zum Aufstellungsbeschluss dargestellt, der Bestandteil dieses Beschlusses ist. Das Plangebiet befindet sich im Zentrum der Gemeinde Mühlenbeck, am Kreuzungspunkt der Hermann-Grüneberg-Straße, der L21 Berliner Straße sowie der L30 Schönfließener Str.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0765/19/33

TOP 28: **Auslegungs-und Billigungsbeschluss B-Plan GML Nr. 32 'Neugestaltung Sportplatz Zühlsdorf'-Entwurf, OT Zühlsdorf**

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.
Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land billigt den Entwurf des Bebauungsplanes GML Nr. 32 „Neugestaltung Sportplatz Zühlsdorf“, OT Zühlsdorf einschließlich Begründung und beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	19	0	0	0

Beschluss Nr.: III/0766/19/33

TOP 29: Auslegungs- und Billigungsbeschluss B-Plan GML Nr. 34 'Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung'-Entwurf, OT Mühlenbeck

Herr Grimm verliert den Beschlussvorschlag und die bisherigen Abstimmungsergebnisse.
Es besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlenbecker Land billigt den Entwurf des Bebauungsplanes GML Nr. 34 „Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung“, OT Mühlenbeck einschließlich der Begründung und beschließt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB durchzuführen.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde beschließt in Änderung des Aufstellungsbeschlusses-Nr. III/0629/18/29 vom 02.07.2018 für das Plangebiet des Bebauungsplanes GML Nr. 34 „Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung“, OT Mühlenbeck folgende Änderungen:

- **Flurstücke 45 und 49** (beide teilweise, zusammen ca. 0,12 ha) der Flur 6 der Gemarkung Mühlenbeck werden in das Plangebiet einbezogen, um eine **rechtwinklige Einbindung der geplanten Erschließungsstraße in die Landesstraße** gegenüber der vorhandenen inneren Erschließungsstraße des bestehenden Gewerbegebietes am Hasensprung zu ermöglichen.
- Ein **5m breiter Streifen entlang des Schönwalder Südgrabens** (ca. 0,07 ha von Flurstück 47 Flur 6 der Gemarkung Mühlenbeck), auf dem im Planfeststellungsverfahren für den sechsstreifigen Autobahnausbau A10 die landschaftspflegerische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme E4(1) Gewässerbegleitbepflanzung (Bauwerksnummer 1027) am Graben L 185 festgelegt wurde, wird aus dem Plangebiet ausgenommen.

Das sich ergebende Plangebiet des Bebauungsplanes GML Nr.34 „Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung“, OT Mühlenbeck ist im beiliegenden Lageplan dargestellt, der Bestandteil dieses Beschlusses ist. Das Plangebiet hat somit eine Größe von 3,03 ha.

Lageplan mit Umgrenzung des Plangebietes des Bebauungsplanes GML Nr.34 „Erweiterung Gewerbegebiet Am Hasensprung“, OT Mühlenbeck



Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	17	1	1	0

Beschluss Nr.: III/0767/19/33

TOP 30: Bericht der AG Nahverkehr

Frau Liekweg berichtet über die bisherigen Ergebnisse. Sie empfiehlt dieses und andere Verkehrsthemen in einem „eigenen“ Ausschuss weiter zu beraten. Sie befürwortet die Kontaktaufnahme mit den zuständigen Mitarbeitern der Landkreise Oberhavel und Barnim.

Herr Müller stimmt dem zu.

Herr Berschneider begrüßt die Bildung eines diesbezüglichen Ausschusses und begründet dies.

Herr Grimm schlägt vor, dass diese Informationsvorlage nach den Kommunalwahlen beraten werde.

TOP 31: Stellungnahme der Verwaltung im Rahmen der TöB- Beteiligung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit von 380- KV- Leitungen

Herr Smaldino-Stattaus gibt erläuternde Informationen, u.a. über eine mögliche geänderte Trassenführung. Herr Berschneider meint, dass diese Informationen nicht alle in der Beschlussvorlage enthalten seien. Er weist auf die zusätzlichen Belastungen hin (z.B. Lärm). Er meint, dass diese Trasse außerhalb der Wohngebiete zu verlegen sei.

Herr Haberkern bemerkt, dass die öffentlichen Träger nicht beteiligt wurden. Er spricht sich ebenfalls für eine Verlegung außerhalb der Wohngebiete aus. Er bemängelt, dass die mögliche geänderte Trassenführung in den Unterlagen nicht erwähnt werde. Er spricht sich gegen den vorliegenden Beschlussvorschlag aus.

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung stimmt der angefügten Stellungnahme der Verwaltung im Zusammenhang mit der Erhöhung der Verkehrssicherheit von 380 kV- Leitungen zu.

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
19	11	6	2	0

Beschluss Nr.: III/0793/19/33

TOP 32: Information der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2018

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 33: Bericht über den Haushaltsvollzug 2018

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 34: Behandlung von Anfragen der Gemeindevertreter

Herr Grimm verweist auf die von Herrn Haberkern eingereichten Anfragen und deren Beantwortung.

Herr Brietzke bittet darum, dass die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung eine Forderung an den Landesbetrieb bezüglich des Baues eines Radweges an der L 171 (Richtung Bergfelde) stelle.

TOP 35: Informationen aus den Ausschüssen und Verbänden

Keine Informationen.

Herr Grimm schließt den öffentlichen Teil, die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.